

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifenband in In- und Ausland 1.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Arbeiter- und Bauernzeitung „Mitteldeutschland“ als Beilage. Die Beilage „Mitteldeutschland“ enthält: „Aus der Heimat“, „Stadtleben“, „Frauenleben“, „Der Arbeiter“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Zukunft“, „Kulturarbeit“ und „Technik“. Erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konspiration 80 Pfennig, Reichszeitung 3.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das letzte druckte Wort 25 Pfennig (jeweils zwei getrennte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft (Rindfleisch) 3. wochentaglich von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 202-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Kontokonto: Berlin 37 556 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wulfsr. 65. Diskontog-Gesellschaft, Postfach 1000, Lindenstr. 3

Eine zweite Partei in Rußland.

Die extreme Opposition für eigene Parteibildung.

Charkow, 26. Dezember. (Dsl-Expres.)

Die Charkower Sowjetpresse bringt Enthüllungen über eine extreme Richtung innerhalb der Opposition, die sich „Gruppe der demokratischen Zentralisation“ nennt. Von der Trotski-Opposition unterscheidet sich die Gruppe hauptsächlich dadurch, daß sie unzweifelhaft und mit Entschiedenheit für die Schaffung einer neuen Partei eintritt. Der geistige Führer dieser Richtung ist der bekannte Oppositionelle Sapronow, der nach Mitteilungen der Sowjetpresse neuerdings in einer illegalen Oppositionsversammlung in Charkow erklärt haben soll, Lenins Schriften seien „kein Talmud“, die kommunistische Partei befände sich gegenwärtig auf einem falschen Gleis und die bei diesen Trotskisten beliebte Methode, durch „Reuebekenntnisse“ Zeit zu gewinnen, sei zu verwerfen. Man müsse im Gegenteil die illegalen Organisationsformen mit allen Kräften ausbauen und ganz besonders unter der parteilosen Arbeiterschaft eine energische Propaganda für die Ideen der Opposition entfalten. Nach den Versöhnungsversuchen der Kamenev und Genossen auf dem Moskauer Parteitag soll sich diese extreme Gruppe der demokratischen Zentralisation besonders ver-

stärkt haben. In Moskau ist vor einigen Tagen eine Konferenz abgehalten worden, die im geheimen stattfand und von Vertretern der erwähnten Gruppe aus allen Teilen der Sowjetunion besucht war.

Hingerichtet, nicht gefallen!

Der Tod des Sowjetkonsuls in Kanton.

Hongkong, 27. Dezember.

Was mit den Russen in Kanton geschehen ist, steht noch immer nicht fest. Eine amtliche Erklärung, die Kerosoffität verrät, besagt, zehn Russen seien während des Kampfes getötet worden. Ausländische Zeugen aber geben an, daß fünf Russen hingerichtet worden seien, darunter zwei, die im Konsulat verhaftet wurden. Im ganzen sollen nach ausländischen Angaben acht Russen hingerichtet worden sein, darunter der Bizekonsul und ein Konsultsbeamter; nur zwei seien im Kampf gefallen.

Wendepunkt in Rußland.

Seine Bedeutung für die internationale Arbeiterschaft.

Von Peter Garwin.

Der 15. Parteitag der KPdSU hat selbstverständlich „einstimmig“ die Erledigung der Parteioption beschlossen. Umsonst hatte die Opposition in ihrer Erklärung, die sie dem Parteitag überreicht hatte, ihre Bereitschaft, zu kapitulieren, ausgesprochen. Umsonst hatte Kamenev erklärt, daß die Opposition nicht gewillt sei, „den Weg der zweiten Partei zu betreten“, daß sie sich verpflichte, den Fraktionskampf und die illegale fraktionelle Organisation aufzugeben. Rykow und Stalin brandmarkten dieses erniedrigende Friedensangebot als ein heuchlerisches Manöver. Der Parteitag forderte die bedingungslose „echt bolschewistische“ Unterwerfung der Opposition, ihre nicht nur organisatorische, sondern auch ideologische Abrüstung, d. h. die völlige Losagung von ihren Meinungen. Die ist bekanntlich von einem Teil der Opposition auch vollzogen worden, während ein anderer in seiner Kampfstellung verharrt.

Was nun? Massenausschließungen, Massenverhaftungen, vielleicht sogar Erschießungen der Oppositionellen. (Miklow „prophezeit“ schon jetzt die bevorstehende „Vermehrung der Bevölkerung in den Gefängnissen.“) Auf der anderen Seite Zerstückung, Massenverrat der einen, Erbitterung der anderen, die noch tiefer ins „Unterirdische“ sich verbergen und den Weg des Verschwörertums einschlagen werden. Die Opposition ist erledigt, aber die Krise bleibt. Sie ist nur in eine viel ernsthaftere und viel gefährlichere Phase eingetreten.

Denn auf dem Parteitag wurde keine trotzkistische „Abwechslung“, sondern der Ultrabolschewismus selbst, die Oktoberführung und die Oktoberillusion, erledigt. Man darf sich dadurch nicht täuschen lassen, daß der Parteitag unter Stalins Führung aus rein demagogischen Gründen das Programm der Opposition übernommen und sowohl in den außen- wie in den innenpolitischen Fragen einen linken Kurs eingeschlagen hat. Der wirkliche politische Sinn der Erledigung der linkskommunistischen Opposition ist die Freimachung des abschüssigen Weges zu der fortschreitenden Verbürgerlichung der bolschewistischen Diktatur. . . .

Die neue Phase der russischen Krise ist für die internationale Arbeiterschaft von größter Bedeutung. Die Erledigung der Opposition wird dem bürokratischen Umwandlungsprojekt in der Richtung einer konparteilichen oder faktischen Umwälzung beschleunigen. Die linken Kommunisten im Ausland begreifen das zwar ganz aus. Sie begreifen aber nicht, daß damit ihre ganze Sache, der Bolschewismus nicht nur in Rußland, sondern auch im Ausland, zu Grunde geht. Noch weniger begreifen das die geborgenen „Mehrheiten“ in allen Sektionen der Komintern, die die Erledigung der Opposition „einstimmig“ billigen und dem Sieger Stalin mit untertäniger Beaeiferung huldigen.

Das Erwachen wird schrecklich sein! Der russische Thermidor, d. h. das Ende der „kommunistischen“ Mästarade in Rußland, wird in ungeheurem Maße die Zerstückung des Kommunismus in Westeuropa beschleunigen. Dann werden die kommunistischen Arbeiter überall vor die Wahl gestellt: entweder in die Reihen der Sozialdemokratie zurückzukehren oder sich in unbedeutende anarcho-syndikalistische Sektoren zu verlieren.

Ganz anders steht die Frage für die sozialistische Arbeiterschaft, die den weitaus größeren Teil des Weltproletariats bildet. Auch für sie ist die russische Krise von größter Bedeutung. Aber für sie bedeutet das Ende der kommunistischen Mästarade in Rußland alles andere als das Ende der sozialen Revolution und des Sozialismus. Sie hat solche Entwicklungen vorausgesehen und ist daher im Gegensatz zu den kommunistischen Arbeitern vor einer katastrophalen Enttäuschung und ihren unheilvollen Folgen gesichert.

Das jedoch muß offen gesagt werden. Auch in den Reihen der sozialistischen Arbeiterschaft Westeuropas sind noch untreue, ja illusionistische Vorstellungen über Sowjetrußland ziemlich stark verbreitet. Manche glauben noch an das „sozialistische Experiment“ in Rußland. Manche glauben, daß für Rußland, das eigentlich „zu Asien gehört“, der Weg zum Sozialismus vielleicht durch eine Minderheitsdiktatur führe. Insofern bedeutet das bevorstehende bürgerlich-konparteiliche Finale der bolschewistischen Diktatur auch für einen Teil der sozialistischen Arbeiterschaft Westeuropas eine Enttäuschung. Gerade deshalb ist es aber höchst wichtig, eine klare Stellung zum russischen Bolschewismus einzunehmen und den wirklichen Charakter des in Rußland vor sich gehenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Prozesses vor den Augen des Weltproletariats aufzudecken. Jede Vernachlässigung der Aufgabe, „auszusprechen, was ist“, müßte sich in der Zukunft grausam rächen.

Für die sozialistische Arbeiterschaft Westeuropas ist es nicht gleichgültig, wie sich die Ereignisse in Rußland weiter entwickeln. Die internationale Arbeiterschaft muß nach wie vor mit aller Kraft die imperialistische Intervention, auch in der verhüllten Form einer Wirtschafts- und Finanzblockade bekämpfen. Nicht aus Sympathie für die bolschewistische Diktatur, sondern dem Weltfrieden zuliebe. Aber die sozia-

Richter der Republik!

Was Herr Bewersdorff sich leisten darf.

Die Herren Bewersdorff und Schulze, bekannt aus dem Rothardt-Prozess, sind im Disziplinarverfahren sehr milde behandelt worden. Dazu schreibt Genosse Landsberg im letzten Heft der „Aufsitz“:

„Das rechtskräftige Urteil des Disziplinargerichts kommt nach Erörterung der einzelnen Bewersdorff zur Last gelegten Punkte zu dem Ergebnis, es liege auch nicht der geringste Anlaß dafür vor, daß Bewersdorff in dem Rothardt-Prozess durch politische Voreingenommenheit gegen den Reichspräsidenten auch nur irgendwie beeinflusst gewesen wäre. Nach den Urteilsfeststellungen seien die dem Landgerichtsdirektor Bewersdorff zum Beweise seiner Voreingenommenheit gegen den Reichspräsidenten Ebert gemachten Einzelforderungen tatsächlich unbegründet; Bewersdorff habe lediglich wegen einer Äußerung aus dem Jahre 1921, von der das Disziplinargericht festgestellt habe, daß sie mit dem erst 1924 verhandelten Rothardt-Prozess in keinem Zusammenhang stehe, eine Warnung erhalten. Im übrigen sei er freigesprochen worden.“

Ich kenne die Akten des Disziplinarprozesses und die Gesamtheit seiner Ergebnisse nicht. Aber es ist mir bekannt, daß zwei besonders gravierende von den in meinem Aufsatz behaupteten Tatsachen, die von den beiden angeklagten Richtern nicht zugestanden worden waren, erwiesen worden sind, und sowohl sie, wie auch die Würdigung, die ihnen das Disziplinargericht hat zuteil werden lassen, finde ich höchst charakteristisch.

In meinem Aufsatz hatte ich behauptet, daß die Herren Bewersdorff und Schulze während der Verhandlung des Prozesses Rothardt in zweiter Instanz eines Tages als Zuhörer im Gerichtssaal erschienen seien, daß Herr Bewersdorff beim Anblick des Zeugen Scheidemann gesagt habe: „Da ist ja Philipp.“ und daß darauf Herr Schulze mit Nachdruck geäußert habe: „Dieses Schwein.“ Im Disziplinarverfahren ist die Äußerung durch das beschworene Zeugnis eines jungen Juristen, der dem Vorfall beigewohnt hat, bewiesen worden und hat zur Verurteilung Schulzes mit einem Verweise geführt.

Herrn Bewersdorff hatte ich u. a. nachgesagt, daß er, einige Monate bevor er den Vorfall im Prozess Rothardt führte, sich in politischen Gesprächen dahin geäußert habe, die Hauptsache sei, daß „der Saftlergefelle da oben“ bald verschwinde. Im Disziplinarverfahren ist durch eine eidliche Vergegenwärtigung bewiesen worden, daß Herr Bewersdorff jene Worte tatsächlich gebraucht hat, nur sind sie nicht einige Monate vor dem Prozess Rothardt, sondern im Jahre 1921 gefallen. Ob auch der Beweis dafür erbracht ist, daß sie besprochen waren von dem Ausdruck der Überzeugung, es habe keinen Sinn, politisch in der Mitte zu bleiben, es müsse ganz scharf rechts reagiert werden, der einzige Mann, der Präsident des Deutschen Reiches werden könne, sei Ludendorff, weiß ich nicht. Die vom Disziplinargericht festgestellte Äußerung des Herrn Bewersdorff hat zu einer Bestrafung mit einer Warnung, also der niedrigsten zulässigen Strafe, geführt.

Ich kann die Ausführung des Disziplinargerichts nicht verstehen, daß die Worte Bewersdorffs mit dem Rothardt-Prozess in keinem Zusammenhang ständen. War denn das Ziel dieses Pro-

zesses nicht die Entfernung des ersten Reichspräsidenten aus seinem Amte, die Herr Bewersdorff im Jahre 1921 als höchst erwünscht, ja sogar als notwendig bezeichnet hatte? Ich kann nur dabei bleiben, daß seine Prozeßleitung im Falle Rothardt seine auf politischen Gründen beruhende Voreingenommenheit gegen den Reichspräsidenten genau so offenbart hat wie die Äußerung des Herrn Schulze die auf der gleichen Grundtendenz erwachsene Antipathie gegen Scheidemann erkennen läßt.

Herr Bewersdorff ist mit dem gegen ihn ergangenen Disziplinarurteil zufrieden. Er darf es sein. Die Richter im Lohar sind, wie die beiden von mir besprochenen Tatsachen und die Art ihrer Würdigung durch sie erkennen läßt, bestriftet gewesen, die Augen der Richter auf der Anklagebank zu schonen.

Athens Bindung an Rom.

Gegen Südslawiens Ansprüche auf Saloniki.

Mailand, 27. Dezember.

Der griechische Außenminister Michalakopoulos weiß seit mehreren Tagen in Rom. Er hat Mussolini mehrfach aufgesucht. Der „Popolo d'Italia“ schreibt über seinen Besuch jetzt: Der griechische Außenminister habe den lebhaftesten Wunsch, zwischen Italien und Griechenland die freundschaftlichen Beziehungen wieder anzuknüpfen, die vor dem Balkankrieg bestanden hätten. Der Minister habe erklärt, daß die griechische Regierung eine Festschließung Südslawiens im Hafen von Saloniki nicht dulden könne. Südslawien habe nur das Recht auf Transitverkehr. Die Bestrebungen, ein Balkanlocarno zu schaffen, seien von dem Minister in Abrede gestellt worden.

Kapitalertragssteuer in Frankreich.

Vorschlag an den sozialistischen Parteitag.

Paris, 27. Dezember. (Eigenbericht.)

Der sozialistische Parteitag beschloß am Montagnachmittag, das umstrittene Problem der Kapitalabgabe zunächst nicht in der öffentlichen Sitzung anzuschneiden, sondern einem sachverständigen Komitee zur Vorprüfung zu übergeben. Diesem Komitee gehörten u. a. an: Blum, Kurjol und Renaud. Das Komitee trat noch am Montagabend zu einer Sitzung zusammen. Nach kurzer Diskussion einigten sie sich einstimmig auf folgenden Vorschlag:

Sofortige Stabilisierung des Frankens, und zwar zu dem Kurse, der am Tage der Stabilisierung an der Börse notiert wird; Konsolidierung der gesamten schwebenden Schuld, wenn nicht anders möglich, auf dem Wege des Zwanges; an Stelle der Kapitalabgabe, die einen Eingriff in die Substanz des Vermögens darstellt, eine fortlaufende Kapitalertragssteuer, die die unberechtigten, viel zu hohen indirekten Steuern erlegen soll. Diese Vorschläge sollen heute die Vollversammlung des Kongresses beschäftigen.

fistische Arbeiterbewegung kann und darf sich nicht im Bereich der Arbeiterbewegung auf den Boden der „gegenseitigen Richtigmischung“ stellen. Das ist überhaupt kein realer Boden. Denn wie vor kurzem Bucharin in seiner groben Antwort an Paul Babe und Otto Bauer bestätigt hat, ist die russische Kommunistenpartei gar nicht imstande, ihre Einmischung in die Angelegenheiten der westeuropäischen Arbeiterbewegung wirklich einzustellen. Zumal die russische Partei die Sektionen der Komintern, wie Kjasanow erklärt hat, als „Kriegsreserve im Rücken der Feinde“ betrachtet. Auch aus rein innerpolitischen Gründen können die Bolschewiki sich von ihren weltrevolutionären „Aufgaben“ nicht loslagern, wenn sie nicht die bolschewistischen Arbeiter Russlands in die Arme der Parteiopposition treiben wollen.

Die sozialistische Arbeiterbewegung Westeuropas kann und darf sich aber auch nicht auf den Standpunkt der „gegenseitigen Richtigmischung“ stellen, wenn sie nicht gewillt ist, das unterdrückte russische Proletariat in schwerster Zeit im Stich zu lassen.

Nur die demokratische Ueberwindung der terroristischen Bolschewikendiktatur kann ihre bonapartistische Entwicklung mit allen ihren friedensgefährlichen Folgen vereiteln. Zu passiv, zu schwach, zu verirrt sind nach zehn Jahren der Gewalt Herrschaft der russischen Arbeiter, um ohne die aktive Unterstützung der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung ihren Kampf für Koalitionsfreiheit, Bürgerrechte, demokratische Republik aufnehmen zu können. Bleibt diese Unterstützung aus, dann entsteht die Gefahr, daß die durch den Zusammenbruch der Oktoberrevolution verzweifelte russische Arbeiter zum Opfer des Faschismus werden und für lange Zeit für die Befreiungsbewegung des Weltproletariats verloren gehen.

Die russische Krise mahnt das gesamte Proletariat Westeuropas an seine Pflicht der internationalen Solidarität gegenüber der russischen Arbeiterklasse, die, geistig und organisatorisch enttauscht, einer schweren Krise entgegengeht. . . .

„Rücksichtslose Interessenpolitik“ — treiben die Deutschnationalen nach dem Zeugnis der Volkspartei!

Infolge des Urteils des Staatsgerichtshofs ist der Landtag von Mecklenburg-Strelitz aufgelöst worden. Die Neuwahlen sollen am 29. Januar stattfinden. Das stellt sämtliche bisherigen Parteien vor neue Wahlaufgaben. Die Deutsche Volkspartei, bisher ein Anhänger der Deutschnationalen, hat nun auf ihrem Vertretertag plötzlich entdeckt, daß sie von dem großen Koalitionsbruder völlig an die Wand gequetscht werde. Deshalb veröffentlicht sie eine Erklärung, daß sie nicht mehr wie bisher das fünfte Rad am Wagen der Deutschnationalen sein wolle. Denn die Politik der Deutschnationalen in Mecklenburg sei die gerade und folgerichtige Fortsetzung der Politik der Ritterchaft in den ständischen Landtagen. Sie sei dort durch Jahrhunderte geführt haben. Sie sei nichts anderes als trasse und rücksichtslose Interessenpolitik, die schon im alten Staate eine Gefahr gewesen und die jetzt nur insoweit geändert wurde, als die Deutschnationalen gegen steuerliche und wirtschaftliche Vorteile die Verwaltung des Landes den — Demokraten ausliefern!

Die Volkspartei kündigt an, daß sie nach den Wahlen „im Bedarfsfalle“ eine Koalition mit der Linken eingehen werde, wie sie bisher mit der Rechten ging. Nur wird nicht ganz klar, ob diese Wendung wegen der „trassen und rücksichtslosen Interessenpolitik der Deutschnationalen“ oder wegen der Verwaltung durch die Demokraten vor sich gegangen ist. Das letztere scheint wenig wahrscheinlich, denn an Interessenpolitik hat es die Volkspartei doch auch nirgends fehlen lassen.

Die Versöhnungszeit Dr. Koldins — wegen Veranstaltung einer Weihnachtsfeier für deutschjüdischer Kinder! — ist von fünf auf zwei Jahre herabgesetzt worden.

Die Katastrophe.

Der schwarze Tod holt sich seine Weihnachtsoffer.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Das frohe Weich der letzten Wochen wich plötzlich einer dumpfen Karfreitagstimmung. Dampf und grau hing der niedrige Himmel über dem dunklen Revier an der Ruhr. Regen rann aus schweren Wolken.

Auf den Bergen und Gruben des Reviers rüstete man sich zur letzten Schicht vor dem Fest. Stunden noch, und der „Hellige Abend“, der als des Festes schönster Mittelpunkt gilt, brach an. Da dümmte sich schmerzvoll das dunkle Revier. Gerächte sprangen auf von einem schweren Unglück. Die Rettungswagen der Zechen donnerten durch die in nächtlichem Schweigen liegenden Zechenkolonien. Erregte Stimmen sprangen auf.

Frauen, die schon ihre Männer von der bald bevorstehenden Nacht schicht zurückzuwarteten, sprangen von ihrem Lager. Rannten hinaus in den rinnenden Regen, in den sprühenden Mist. „Wo ist es?“ sprang eine Frage auf. „Wo?“

„Ich weiß es nicht,“ ist die Antwort. Der Rettungswagen von Dorfsfeld ist durch.

„Rein Mann ist auf Dorfsfeld?“

„Rein, auf Dorfsfeld ist es nicht. Der Bogen fuhr nach Lilgen-dortmund.“

„Dann ist es auf Neu-Herlöhn!“ sprang plötzlich ein Schrei an den Wänden der niederen Häuser hoch, und eine Frau rann wie von Furien getrieben in die dunkle, schweigende Nacht. Immer noch rann der Regen. Von den nahen Kokereien flammten die Defen wie riesige Totenlaternen.

Dann wartete wieder der Rettungswagen durch die Nacht. Er kam zurück von der Stätte des Unglücks. „Was war?“ fragten die Wartenden und sind schon freier in ihrem Fragen.

„Was war?“ fragt es dringlicher.

„Eine örtliche Kohlenstaubexplosion auf Neu-Herlöhn. Die Leute sind schon oben.“

„Tote?“

„Sechs, und zwei Verletzte.“

Sechs Männer stiegen in dieser Nacht, die die letzte ist vor dem Fest. In sechs Häusern löstten am Abend statt der Weihnachtskerzen die Totenlampen brennen. Sechs Frauen sind, Gattinnen oder Mütter, in deren Augen dieser Abend keine Freude, sondern tiefen, unaussprechlichen Schmerz fand.

Sechs Männer sind nicht mehr. Menschen, die tapaus, lagen im Dunkel der Grube sich duckten, die, auf kleinen Lokomotiven stehend, durch die Röhre der Grube fuhren, um Kohlen heraufzuschaffen in das Licht der Herzen, atmen nicht mehr.

Dampf und hohle Tam der Morgen. Die Zeilungen berichteten noch nichts. Aber die Gerächte freisen und schwellen ins Ungeheure. Vermisungen werden laut gegen die Sinnlosigkeit eines Schick-

Der Sturm auf Suhle.

Die SPD-Zentrale schließt aus.

Die Zentrale der SPD. unternimmt einen Sturmangriff auf die Stellung der kommunistischen Opposition in Suhle im Thüringerwald. Sie will die Opposition in der Organisation zerbrechen und den oppositionellen Suhler „Volkswille“ wieder in die Hand bekommen.

Am 24. Dezember hat sie sechs Oppositionelle in Suhle ausgeschloffen: Guido Heym, R. d. L., politischer Leiter des Unterbezirks, Ernst Greiner, Ostar Weich, Fritz Anschütz, Karl Heym, Organisationsleiter, Fritz Bendersdörfer, alles Mitglieder der Unterbezirksleitung. Damit hat die Zentrale die Mehrheit in der Unterbezirksleitung.

Ueber den Zeitungskampf unterrichtet ein Brief aus Gleiwich an den Suhler „Volkswille“:

„Werter Genosse! Zu Deiner Information möchte ich Dir folgendes gehörte Gespräch auf dem hiesigen Parteibureau zwischen den Genossen Wischa und Smolka, der meines Wissens in der S. L. in Jena, Gew. Abt., sitzt, übermitteln. Auf die Frage von W., was es Neues in Suhle gibt, sagte S.: In Suhle haben sie uns den „Volkswille“ geklaut, aber bis zum 15. Januar werden wir es geschafft haben, bis jetzt haben wir durch unsere zwei Zeitungen, die wir reinschmeißen, bereits 2000 Abonnenten dem „Volkswille“ abgejagt, der muß pleite gehen, nächstens wird Guido Heym rausgeschmissen. Auf die Frage von W., wieviel Mitglieder in Suhle sind, folgende Antwort: 450 Mitglieder, aber nur Proleten. Der Unterbezirk ist für uns sehr wichtig.“

Das ist der „proletarische Befreiungskampf“ der Kommunisten, die Einheit der Arbeiterklasse, wie sie sie auflassen!

Deutsche Propaganda.

Deutsche Schiffsgesellschaften boykottieren ein deutsches Blatt

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, haben im Jahre 1923 die deutschen Schiffahrtsgesellschaften dem deutschen „Argentinischen Tageblatt“ die Inserate entzogen, weil es republikanisch ist und über die Verhältnisse im Ausland objektiv berichtet.

Ein früherer kaiserlicher Offizier, jetzt Angestellter des Norddeutschen Lloyd, hat jetzt im Auftrag seiner Generalagentur fremde Schiffahrtsgesellschaften zu bewegen, sich dem Boykott anzuschließen. In einem Falle hat er Erfolg gehabt, der „Holländische Lloyd“ ist dem Verlangen nachgekommen.

Das ist die Auslandspropaganda der deutschen Schiffahrtsgesellschaften für das Deutschland!

Sparjamkeit in der Marine.

Oder der schadenerfasspflichtige Maschinist.

Man schreibt uns:

Wer mit Sorge die Verschwendung beobachtet hat, die im Marineetat die Ziffern von Jahr zu Jahr anschwellen läßt und uns insbesondere eine für die kleine deutsche Flotte kaum glaubliche Anzahl von Admiralen und sonstigen gut bezahlten, aber nicht gerade mit Arbeit überhäuft Kommandostellen besetzt, wird mit großer Freude einen kleinen Anseh zur Sparjamkeit bemerken. Leider ist aber das Opfer dieser Sparjamkeit nicht einer der hohen Herren, sondern ein Maschinist der Marinewerft Wilhelmshaven geworden. Diesem, einem Familienvater, war es passiert, daß während seiner Dienststunden ein Kessel einen Schaden erlitt. Den Schaden verlangte die Werksleitung in Höhe von 7000 Mark von dem Maschinisten ersetzt, obwohl der Betriebsrat sich einmütig für ihn aussprach.

Ein anderer Arbeitgeber würde wahrscheinlich einen Angestellten in derart schlecht bezahlter Stellung überhaupt nicht ersatzpflichtig machen oder ihn zunächst einmal verlegen und so eine Feststellung der Schadenersatzpflicht herbeiführen. Anders die

Marinewerft. Ohne Urteil zieht sie einfach wochenlang dem Maschinisten den pflanzbaren Teil seines Lohnes ab.

Das wäre so zwanzig Jahre lang vor sich gegangen, bis der Schaden bezahlt gewesen wäre, wenn der Maschinist nicht seinerseits das Landesarbeitsgericht Osnabrück angerufen hätte, das feststellte, daß den Maschinisten keinerlei Verschulden träfe und die Marinewerft kein Recht gehabt hätte, den Lohn einzubehalten. Das Verhalten der Marinewerft aber ist so rigoros und unzufällig, daß es verdient, auch an dieser Stelle angeprangert zu werden. Wenn schon Sparjamkeit, dann an der richtigen Stelle!

Borah treibt Coolidge.

Für einen allgemeinen Friedenspakt.

Paris, 27. Dezember.

Der „Matin“ erhielt Erklärungen des Senators Borah über den Vorschlag des Abchlusses eines französisch-amerikanischen Friedenspaktes. Borah führt aus, es erscheine ihm vollkommen klar, daß man niemals wirkliche Fortschritte zum Frieden hin machen könne, solange man anerkenne, daß der Krieg berechtigt sei und solange man ihn mit dem Mantel des Ruhmes bedeckt. Der größte Teil der Menschheit sei gegen den Krieg und vertrete die Ansicht, daß er eine verbrecherische Handlung sei. Was man brauche, sei ein Befehl und die Organisation, die es erteile, die wenigen Männer, die Kriege heroorufen, verantwortlich zu machen. Selbstverständlich könnten zwei Nationen allein den Krieg nicht verlieren, aber zwei mächtige Nationen wie die Vereinigten Staaten und Frankreich könnten den Ruhm erwerben, Wegbereiter zu sein.

Der Dollar beglückwünscht die Lira.

Morgan freut sich, Mussolini saniert zu haben.

Pierpont Morgan sprach Mussolini zu seiner Lira-Stabilisierung seine Glückwünsche aus. Das New-Yorker und Londoner Bankhaus Morgan sei erfreut, hierbei helfen zu können.

Bermögensbeschlagnahme im Krieg.

London, 26. Dezember.

Nach dem 7. Jahresbericht des englischen Clearing Office für beschlagnahmtes feindliches Eigentum sind bisher 91 605 821 Pfund an Engländer gezahlt worden aus Anprüchen gegen Reichsdeutsche, Oesterreicher, Ungarn und Bulgaren, hiervon 84 473 971 aus deutschem Eigentum. Von 424 757 Anprüchen sind 279 645 zurückgelassen, 188 973 zurückgezogen oder abgelehnt worden. 6 130 Anprüche stehen noch aus. Die Zahl der Angestellten bei den betreffenden Behörden wurde von 826 auf 658 verringert.

Anwartschaft und Wartezeit.

Ihre Erhaltung und Erfüllung in der Angestellten- und Invalidenversicherung.

Ueber die Erhaltung und Erfüllung der Anwartschaft und Wartezeit in der Sozialversicherung bestehen noch erhebliche Unklarheiten. Es seien deshalb die wichtigsten Bestimmungen hier angeführt:

Unter Anwartschaft versteht man die Aussicht auf Erwerbung des Anspruchs auf Versicherungsleistungen. Um die Anwartschaft in der Angestelltenversicherung aufrecht zu erhalten, muß im Jahre des Eintritts in die Versicherung mindestens ein Beitragsmonat, in den darauf folgenden zehn Kalenderjahren, also bis einschließlich des ersten Kalenderjahres, müssen mindestens je acht Beitragsmonate, vom zwölften Kalenderjahr ab nur noch mindestens je vier Beitragsmonate nachgewiesen werden. Als Beitragsmonat für die Erhaltung der An-

fals, das dem ewig leidenden Menschen noch die targaen Freuden des Weihnachtsfestes vergällt. Denn es ist nicht das erstemal, daß der Tod seine Opfer am Weihnachtstage sich holt. Auch er will sein Opfer an diesem Tage, an dem alles sich opfert und schenkt. Und sei es auch nur, daß er hinweisen will auf das große Opfer, das die Männer der Arbeit an jedem Tage bringen und das die Herzen so leicht vergessen bei ihrem Vamensieren über die Unrentabilität ihrer Werte. Sei es, um in einem Augenblick, wo der Druck der drohenden Aussperrung vom Revier genommen wurde, zu zeigen, daß diese dunklen Männer, die der Hunger bedrohte, jeden Tag ihr Leben, ihre Gesundheit und das Glück ihrer Familien aufs Spiel setzen. Und das sind Werte, die nicht wie das Geld ihrer Gegenpieler erfassbar sind. Werte, die auch dann, wenn die, die sie einlegen, das Spiel gewinnen, nicht ins Unendliche wachsen, wie das Geld und die Macht der Herren.

Aber es wird eine Zeit kommen, die diese Opfer nicht mehr braucht, die diese Werte, die den Herren von heute nicht oder wenig gelten, höher bewerten wird als alles Gold dieser Erde. Und wo das Spiel des Lebens, in dem heute noch die Armen alle Opfer bringen, gleich auf gleich gespielt wird, und die Gewinne des Spiels unbesiegt sind vom Blut und Elend der Schaffenden. E. G.

„Molte“.

Persönliche Erinnerungen an Hermann Rolfsenbuhr.

Von Philipp Scheidemann.

Ich habe ihn aufrichtig verehrt und geliebt. Er war ein Mensch ganz besonderer Art. Er hatte — für die erste Stunde der Bekanntschaft — ganz gewiss nichts gerade Bestechendes. Seine Körperhaltung war schlecht, sein Gang direkt antimilitärisch. Das Reden fiel ihm nicht leicht, er brauchte mitunter drei und mehr Ansätze, bis das erste Wort heraus war. Aber wenn das Wesen dieses seltenen Mannes sich einmal erschlossen hatte, der sah durch die Fülle hindurch in ein kindlich Gemüt und ein mutiges Herz, das in inniger und zu allen Opfern bereiter Liebe schlug für das schaffende Volk, aus dem er sich heraus- und hinaufgearbeitet hatte, um desto besser für „unten“ wirken zu können.

Wer diesem Menschen nähergekommen hat, der weiß, daß er ein Gedächtnisphänomen unversieglischer Art gewesen ist. Wenn das Gedächtnis aller anderen verblaßt und wenn kein legitimes Aufkumpfen zu geben vermochte, dann war Hermann die letzte Rettung. Hatte man ihn erst am Rückschlag, dann hatte man auch die Antwort, die sonst niemand zu geben vermochte.

Wann wurde die erste Ansele zum Geleß betr die Krankenkassen eingebracht? Wann erschien „Onkel Toms Hütte“ zuerst in deutscher Sprache? Wo hat Bebel gesagt, daß er bereit sei, die Fünfte noch auf den Buckel nehmen zu wollen, wenn uns das zaristische Rußland bedroht? Wieviel landwirtschaftliche Betriebe gibt es in Deutschland? Wann haben Sie die „Fiebermaus“ zum ersten Male gehört? Wieviel Kilometer ist die Sonne von der

Erde entfernt? Wie war der deutsche Außenhandel 1913 und 1923? Wieviel Steinkohle wurde in Deutschland 1914 gefördert? . . .

So konnte man diesem Mann Fragen vorlegen, so viel man wollte, man konnte ihn und Gut darauf legen, daß er sofort die Antwort gab. Ich habe nur vielen Toren einmal die Vermutung ausgesprochen, daß da, wo andere Menschen das Gedächtnis haben, bei Molte, dem wandernden Begleiter, Millionen seiner Bejahungen hingen, die alles festhielten, was er ihnen einmal anvertraut hat. „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich“ kannte er fast aus wie kein anderer. Wir sagten ihm nach, daß er damit zu Bett ginge, um es auswendig zu lernen. Dann lächelte er, biß sich ein Stück von einer Zigarre ab und nahm den trockenen Stummel in den Mund. Gelegenlich einer deutsch-französischen Verständigungskonferenz, die 1913 in Bern stattfand, standen Bourès, Rolfsenbuhr, Ludwig Frank und ich in der Ecke eines kleinen Bibliothekszimmers des Gewerkschaftshauses, um etwas zu besprechen. Da war der Bild Moltes auf einen Schrank gefallen, in dem sein heißgeliebtes „Statistisches Jahrbuch“ stand. Eine Minute später hatte er sich nun ausgedrückt und stand mit dem grünen Buch in der Hand am Fenster und las laut mit ihm. Wir lachten alle von Herzen laut auf und mußten Bourès dann unsere Heiterkeit erklären, in die er fröhlich einstimmt.

1917 gehörte Molte mit zu der deutschen Delegation, die für Stockholm bestimmt war, um in Gemeinschaft mit den Sozialisten aus den Ententeländern den Frieden zu suchen. In Kopenhagen machten wir halt, um am nächsten Vormittag weiter zu reisen. Ängere Ankunft war für die engeren Freunde in Kopenhagen natürlich kein Geheimnis geblieben. Wir wurden von ihnen zum Abendbrot eingeladen, damit wir uns einmal taffesten könnten. Der Tisch war mit köstlichen Vorgesetzten reich besetzt. Die Jüngeren und Mittelalterlichen von uns führten sich überhunrig — wir hatten unglücklicherweise auf einer deutschen Fähre von Warnemünde nach Gedder fahren müssen — auf die ledernen Sachen, so daß sie von den warmen Gerichten nur noch recht wenig genießen konnten.

Richard Fischer war sehr vorzüglich bei den Vorgesetzten gewesen, so daß er wenigstens noch einen Teller Suppe essen konnte. Molte, dessen tiefstehende Augen schaurig, bisher ungeschriebene Kohlrüben geschieden erzählt, hatte sich an die kalten Blatten gar nicht herangewagt. Er wartete geduldig, bis erst die Suppe, dann der Braten aufgetragen wurden — dann aber ah er bodsig seinen Teller leer, so wie er es seit seiner Kindheit gewohnt war. Fischer hatte sich längst still in eine Ecke gesetzt; er hatte Angst, daß ihm die ungewohnte Nahrung nicht bekommen werde. Er überwand die ihn umschlingende Soertrantheit, nachdem er einen — sagen wir ehrlich: drei — Aquavit getrunken hatte.

Molte wurde von dem bishigen Fleisch, das in normaler Zeit ein Kind hätte verzehren und selbstverständlich auch hätte verdauen können sofort krank. Speiseröhre, Magen und Gedärme waren bei ihm seit Jahr und Tag derart an das Hungern, an Kohlrüben, Waffersuppen, Brot mit Zusatz von Hülsenfrüchten und Söge-mehl gewöhnt, daß sie das hochwertige Ochsenfleisch ablehnten. Unterem braden Molte erging es buchstäblich, wie dem von Gerhart Hauptmann geschilderten schlesischen Weber, der wohl das Hungern erlernt hatte, der aber auf den Hof klüchten mußte, als er einen Hoppen Fleisch genossen hatte.

Ein feines „Kabarett“.

Darmloser Scherz und beispiellose Roheit.

Es gibt in Hamburg gewisse Straßen, in denen man gut, abends nicht allein spazieren zu gehen. Wenigstens nicht, wenn man Wert darauf legt, seine Uhr oder Brieftasche wieder mit nach Hause zu nehmen. Selbst die Polizeisten, die dort patrouillieren, zeigen sich nicht einzeln, man sieht sie nur in Form von Doppelposten mit entschuldigtem Revolver herumgehen. Für ein „Kabarett“ in einer dieser Straßen war ein Ballett engagiert. In welcher Klasse das „Kabarett“ gehört, kann man daran erkennen, daß den Tänzerinnen ausdrücklich vorgeschrieben war, sich von abends 8 Uhr bis morgens 4 Uhr im Lokal aufzuhalten. Sie durften nicht nach Hause gehen, wenn ihre Arbeit beendet war. Das Kabarett war also nichts anderes als eine Anniernette über Sorte, wie wir sie in verschiedenen Hofenstädten finden.

Das Ballett aber bestand aus Tänzerinnen und nicht aus Anniernetten. Die Tänzerinnen hatten sich wohl verpflichtet, bis 4 Uhr früh im Lokal anzuwelen zu sein. Aber sie hatten sich nicht verpflichtet, zu antworten. Die jungen Mädchen blieben nach Beendigung ihrer Tänze zusammen mit der Ballettleiterin sitzen, unterhielten sich miteinander, kümmerten sich aber im übrigen nicht um die anderen Gäste des Lokals, insbesondere nicht um die Herren Kapellere, die derartige „Kabarets“ besuchen. Das war natürlich dem Kabarett-Direktor oder, um im Hamburger Jargon zu reden, dem Boos, ein Dorn im Auge. Er suchte einen Grund, das Ballett fristlos entlassen zu können. Und der fand sich auch. Nachdem das Ballett schon 10 Tage lang gearbeitet hatte, betraute die Ballettleiterin mit einer Tänzerin am Rundtanz. Als beide bei der Kapelle vorbeikamen, erlaubten sie sich einen in Künstlerkreisen häufig angewandten Scherz. Sie steckten sich vor den Augen des Sordophobäers eine Zitrone in den Mund. Die beabsichtigte Wir-

trat auch sofort ein, denn bei dem Ruf der Tänzerinnen schloß sich unwillkürlich die Gesichtsmuskeln zusammen, und er vergaß, sein Instrument zu blasen. Einen Augenblick wurde über diesen Scherz gelacht, dann ging alles wieder seinen gewohnten Gang. Nur der Boos beruhigte sich nicht, sondern glaubte, jetzt den geeigneten Grund zur fristlosen Entlassung gefunden zu haben. Mit den Worten: „Gut geht's wohl zu gut!“ verteilte er unter den Mädchen Rippensäge. Die Ballettleiterin verbot sich diese Unverschämtheit und erhielt daraufhin ebenfalls einen Stoß. Jetzt holte die junge Dame ihrerseits aus und verabschiedete dem „Direktor“ ein paar Ohrfeigen. Das war eine große Dummheit. Denn der „Direktor“, ein baumlanges, kernmageres Ähler, verfolgte der kleinen zwanzigjährigen Ballettleiterin einen wohlgezielten Kinnhaken. Die junge Dame floh zunächst gegen eine Säule und blieb dann besinnungslos in einer Ecke liegen. Der Boos kümmerte sich nicht im geringsten um sein Opfer. Die Mitglieder des Balletts bemühten sich um die Bemühten und veranlaßten deren Überführung in das Krankenhaus, wo man außer einer Gehirnerschütterung noch einen Knöchelbruch feststellte.

Jetzt klagte die Ballettleiterin gegen den rohen Hamburger Direktor vor dem Arbeitsgericht auf Zahlung der Gage für sich und ihr Ballett für die Zeit des Vertragsmonats und weiterhin auf Schadenersatz für die Zeit, in der sie nicht arbeiten konnte. Die Tänzerin geht noch heute am Stock und wird voraussichtlich noch drei bis vier Monate in Behandlung bleiben müssen, ehe sie daran denken kann, ihren Beruf wieder auszuüben. Das Arbeitsgericht hat der Klageforderung voll entsprochen. In der Urteilsbegründung wird ausdrücklich festgestellt, daß die Handlungsweise des Beklagten eine beispiellose Roheit darstellt.

Sein letzter Ausgang.

Der Tod auf der Treppe.

Ein unausgeklärter Todesfall gab in der vergangenen Nacht Veranlassung, die Wortkommission nach dem Haupte Ritterstr. 22 zu rufen. Hier wohnte im zweiten Stock der 60 Jahre alte Gärtner Friedrich Ketterukat, der verheiratet und Vater eines Sohnes und mehrerer Töchter ist.

Er ging gestern abend aus, um ein Kino zu besuchen. Er ist seit längerer Zeit leberkrank und mußte daher jeden Alkoholgenuss vermeiden. Entgegen seiner Gewohnheit muß er jedoch gestern abend nach dem Besuch noch ein Lokal und schließlich auch mehrere aufgesucht haben. Gegen 2 1/2 Uhr hörte ein Mieter einen schweren Fall. Eine Viertelstunde später kam der Portier nach Hause und fand Ketterukat eine halbe Treppe unterhalb seiner Wohnung auf dem Boden in einer Blutlache tot daliegen. Er alarmierte andere Hausgenossen und das 106. Revier, das die Wortkommission herbeirief. Die Kriminalkommissare Bernburg und Lipitz erschienen alsbald mit mehreren Beamten und Medizinalrat Dr. Störmer, der die Leiche vorläufig besichtigte. Er stellte fest, daß das Blut aus Mund und Nase geflossen war. Mehrere Verletzungen waren nicht zu sehen. Die Feststellung eines leichten Alkoholgenusses bestätigte die aus den Zeitangaben geschlossene Vermutung, daß der Mann ganz entgegen seiner Gewohnheit ein Lokal aufgesucht hat. Die Todesursache konnte durch Besichtigung nicht erkannt werden. Die Leiche wurde deshalb zur Obduktion beschlagnahmt und nach dem Schouhaufe gebracht. Vermutlich ist Ketterukat einem Herzschlage erlegen. Beim Hinfallen mag er sich auch einen Schädelbruch zugezogen haben, der die Blutungen zur Folge hatte. Da ihm nach der Angabe seiner Frau nichts geraucht worden ist, so ist ein Verbrechen wohl ausgeschlossen.

Kirchenausritt und Kirchensteuer.

Vor Jahreschluss soll noch ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß das Kirchensteuerjahr vom Kalenderjahr abweicht und vom 1. April bis zum 31. März läuft. Dies ist wichtig, weil derjenige, der aus der Kirche austritt, für das laufende Steuerjahr noch Kirchensteuer zahlen muß, mindestens aber noch drei Monate nach dem Austritt. Wer also vor dem 31. Dezember austritt, hat noch bis zum 31. März Kirchensteuer zu zahlen, wer dagegen nach dem 1. Januar 1928, aber vor dem 1. April 1928 austritt, zahlt noch drei Monate, und wer erst nach dem 31. März 1928 austritt, noch bis zum 31. März 1929 Kirchensteuer.

Die Kirchenaustrittserklärung muß gegenüber dem Amtsgericht des Wohnortes und zwar von jedem Erwachsenen persönlich abgegeben werden. In Preußen müssen auch Kinder über 14 Jahre die Austrittserklärung persönlich abgeben. Für jüngere Kinder erfolgt die Erklärung durch die Eltern, nicht durch den Vater allein. Die Austrittserklärung kann kostenlos auf dem Amtsgericht in den Geschäftsstunden gewöhnlich bis 12 Uhr mündlich abgegeben werden. Das Erlaubnis persönlicher Abgabe der Erklärung bedeutet, daß Bevollmächtigte ausgeschlossen sind. Auch der Ehefrau kann nicht den Austritt seiner Frau erklären. Auch schriftliche Einwendung an das Amtsgericht ist zulässig. Aber die schriftliche Erklärung erfordert, daß die Unterschrift von einem Notar beglaubigt wird. Eine Beglaubigung kann aber von einem Notar nur vorgenommen werden, wenn die Unterschrift in seiner Gegenwart vorgenommen oder anerkannt wird. Wer also seine Kirchenaustrittserklärung schriftlich dem Gericht einreichen will, muß sich zu diesem Zwecke zu einem Notar in dessen Sprechstunde, die gewöhnlich nachmittags stattfindet, begeben, und dazu einen Bevollmächtigten mitbringen, der ihn zweifellos legitimiert. Die Erklärung muß die Kirchengemeinde bezeichnen, aus welcher der Austritt erfolgt und Geburtsort, Geburtszeit und Adresse enthalten. Auf Wunsch wird eine sachgemäße Erklärung auch von dem amtierenden Notar entworfen und dem Amtsgericht eingereicht. Die Kosten sind verhältnismäßig gering.

Der „Verband für Freirententum und Feuerbestattung e. V.“, 54 Berlin, teilt uns dazu mit, daß in seinen Geschäftsstellen an folgenden Abenden regelmäßig ein Notar zur Annahme von Kirchenaustrittserklärungen gegen die Mindestgebühr von 2 Mk. anwesend ist: Gneisenstraße 41, Montag und Donnerstag von 19 bis 20 Uhr, und Friedenstraße 60, Dienstag und Freitag von 19 bis 20 Uhr. Personalausweis ist mitzubringen.

Nordprojek in Potsdam.

Das eisenfällige Verbrechen an der 23jährigen Hausangestellten Kartha Jahn aus Großbeeren, das von dem Mechaniker Albert Schweizer aus Kaputh auf dem Grundstück seiner Eltern erwürgt und im Garten vergraben wurde, wird jetzt im Januar vor dem Potsdamer Schwurgericht seine Sühne finden. Schweizer hat die Leiche auf Nord zugestellt erhalten. Zu der Verhandlung sind über 30 Augen und 3 Sachverständige geladen. Die Anklage wird der Oberstaatsanwalt Waffe vertreten, die Verteidigung hat Justizrat A. Josephson übernommen.

Verlester bei einem Fabrikfeuer.

In der Bleiwerkfabrik der chemischen Fabrik von Kuhnheim in Oberschöneweide entstand heute vormittag unter recht eigenartigen Umständen Feuer, wobei ein Arbeiter schwere

Verbrennungen erlitt. Im Treppenhaus lagerten vier Fässer mit chlorsaurer Kali. Der Arbeiter Wilhelm Schulz aus Baumhulsenweg hantierte gerade mit der Schaufel an einem gefüllten Foh, als plötzlich eine niedrige Stiehlampe hervorbrach. Er wurde von der Flamme erfaßt und erlitt schwere Brandwunden. Durch den Aufbruch wurden zahlreiche Scheiben zertrümmert. Das Feuer sprang sofort auf die übrigen Fässer über, deren Inhalt explosionsartig aufloherie. Der Verunglückte wurde durch die Oberschöneweider Feuerwehr in das Elisabeth-Hospital gebracht.

Bluttat eines Stahlhelmers.

Das Opfer ein Arbeiter.

Stettin, 27. Dezember. (Eigenbericht.)

Zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf der Arbeiter Blum von dem Stahlhelfer Bollbrecht durch einen Bauchschuß schwer verletzt wurde, kam es am heiligen Abend in Kaffee in Rommern. Der Arbeiter Blum war mit zwei Arbeitkollegen in ein Café eingetreten, um zu muzzieren. Dabei kam es aus noch nicht aufklärter Ursache zu Auseinandersetzungen mit einem Stahlhelfer. Als Blum und seine beiden Freunde kurz darauf im Begriff waren, das Café zu verlassen, brach der Stahlhelfer vor dem Lokal ohne ersichtlichen Anlaß erneut einen Streit vom Zaun. Es entwickelte sich ein Handgemenge, in dessen Verlauf der junge Stahlhelfer Bollbrecht derart in Wut geriet, daß er einen Revolver zog und blutlings auf die Arbeiter schoss. Eine Kugel drang Blum in den Bauch und verletzte ihn schwer. Der Betroffene brach blutüberströmt zusammen und wurde sterbend in das Dromburer Kreis-Krankenhaus eingeliefert. Der Täter behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben, er sei mit einem Messer bedroht worden. Dem widerspricht, daß er vielfach Gewalttätigkeiten begangen hat und daß der Verletzte, als er schon wehrlos am Boden lag, noch geradezu wüthlich behandelt worden ist.

Heberfall auf einen Geldtransport.

Die Täter verhaftet.

Leipzig, 27. Dezember.

Am zweiten Weihnachtstierstag, morgens gegen 17 Uhr, wurde auf der Straße von Alt-Dölen nach Großschelda des Geldtransporteurs der Leipziger Straßenbahn von zwei maskierten Räubern angehalten. Einer der Verbrecher erbat sich zunächst Barm. Als das abgeholt wurde, rief er „Hände hoch“. Der Besahrer des überladenen Wagens schob sofort auf ihn. Trotz seiner Verletzungen gelang es dem Maskierten mit dem Besahrer ins Handgemenge, während der zweite Verbrecher auf seinen Gegner, den Chauffeur des Geldtransporteurs, mit einem Gummihüpfel losging. Infolge des Mißlingens des Heberfalls und aus Angst vor hinzukommender Polizei flüchteten die Räuber mit einer Kraftbrosche. Das sofort alarmierte Heberfallkommando konnte jedoch bald die beiden Verbrecher festnehmen.

Ozeanfliegerin Grayson verloren?

Kann eine Hoffnung mehr.

Aus New York kommt die Meldung, daß auch der von der Richten Wilsons verurteilte Transozeanflug endgültig gescheitert ist und die Fliegerin samt ihrem Begleiter das Wagnis mit ihrem Leben bezahlen mußten. Mrs Grayson hätte die erste Etappe ihres Fluges bereits am Sonnabend vormittag beendet und in Newfoundland landen müssen. Sie ist dort bisher nicht eingetroffen. Das amerikanische Marineamt hat sofort einige Zerstörer zur Nachforschung entsandt. Außerdem hat ein sofort gegründetes Grayson-Hilfskomitee bereits die erforderlichen Nachforschungen angestellt.

Eine bisher unbestätigte Meldung von Newfoundland besagt, daß das Boot des Fluges in der Nähe von Cap Race an den Strand gespült worden sei.

Starkes Erdbeben bei Rom.

Rom, 27. Dezember.

Ein hartes Erdbeben ereignete sich heute unweit Roms. Der Mittelpunkt des Bebens ist 30 Kilometer von Rom entfernt. Die seismographischen Apparate zeigten vier Minuten lang Schwankungen. In Velletri und Romi sollen Gebäude beschädigt worden sein.

Eine englische Südpolarexpedition.

London, 27. Dezember.

Das Forschungsschiff „Seuroshy“ hat Fortsmouth zu einer Fahrt nach den Südpolaren Polargebietern verlassen. Es wird zunächst St. Vincent anlaufen, sich dann nach Rio de Janeiro begeben und von dort nach dem Falklandinseln fahren. Der Kapitän des Schiffes ist De la Molla.

markt gilt jeder Monat, für den ein Beitrag entrichtet ist, einerseits, ab es sich um einen Pflicht- oder freiwilligen Beitrag handelt. Kalendermonate, in denen der Versicherte zum Beispiel durch Krankheit zeitweise arbeitsunfähig und nachweislich in seiner Berufstätigkeit verhindert ist und kein Entgelt erhält, oder zur beruflichen Fortbildung eine staatlich anerkannte Lehranstalt besucht, gelten als Beitragsmonate für die Erhaltung der Anwartschaft.

Bei Wanderversicherungen, das sind solche Versicherungen, die infolge wechselnder Berufstätigkeit entweder in der Angestelltenversicherung oder in der Invalidenversicherung pflichtversichert sind, werden je vier Beitragswochen in der Invalidenversicherung als ein Beitragsmonat der Angestelltenversicherung gerechnet. Weniger als vier Beitragswochen rechnen nicht. Die Anrechnung gilt nicht für solche Beitragswochen in der Invalidenversicherung, die mit den in der Angestelltenversicherung zurückgelegten Beitragsmonaten zeitlich zusammenfallen.

Die Wartezeit ist der Zeitraum, den ein Versicherter zurückgelegt und mit Beiträgen belegt haben muß, um eine Leistung zu erhalten. In der Angestelltenversicherung dauert die Wartezeit beim Ruhegeld für männliche Versicherte 120 Beitragsmonate, wenn mindestens 60 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht zurückgelegt sind. Sonst 150 Beitragsmonate; für weibliche Versicherte beträgt die Wartezeit 60 Beitragsmonate, wenn diese auf Grund der Versicherungspflicht zurückgelegt sind, sonst 90 Beitragsmonate; bei den Hinterbliebenenrenten beträgt die Wartezeit ohne Rücksicht auf das Geschlecht des Versicherten 120 Beitragsmonate, wenn davon mindestens 60 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht nachgewiesen sind, sonst 150 Beitragsmonate.

An der Invalidenversicherung ersucht die Anwartschaft, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungstage weniger als zwanzig Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht oder der Weiterversicherung entrichtet worden sind. Die Anwartschaft gilt nicht als erloschen, wenn die zwischen dem erstmaligen Eintritt in die Versicherung und dem Versicherungsfalle liegende Zeit zuminderten dreiviertel durch ordnungsmäßig verwendete Beitragsmarken belegt ist. Dabei stehen den Beitragsmarken solche vollen Kalenderwochen gleich, die durch entrichtete Beiträge zur Angestelltenversicherung gedeckt sind.

Als Wochenbeiträge zur Erhaltung der Anwartschaft zählen unter anderem auch Krankheitszeiten, ferner Zeiten, in denen Beiträge zur Angestelltenversicherung entrichtet sind, soweit die Zeiten nicht durch Beitragswochen zur Invalidenversicherung gedeckt sind.

Die Wartezeit dauert bei der Invalidenrente, wenn für den Versicherten auf Grund der Versicherungspflicht mindestens hundert Beiträge geleistet worden sind, zweihundert, andernfalls fünfhundert Beitragswochen.

Bei der freiwilligen Weiterversicherung ist besonders zu beachten, daß sie in der Angestelltenversicherung nicht unter derjenigen Gehaltsklasse zulässig ist, die dem Durchschnitt der letzten vier Pflichtbeiträge entspricht oder am nächsten kommt. Sind weniger als vier Pflichtbeiträge gezahlt, so wird der Durchschnitt aus den tatsächlich entrichteten Pflichtbeiträgen gezogen. In einer niedrigeren Gehaltsklasse ist die freiwillige Weiterversicherung dann zulässig, wenn der Versicherte nachweist, daß diese Gehaltsklasse seinem Einkommen entspricht. Für Ehefrauen, die sich freiwillig weiterversichern und kein eigenes Einkommen haben, genügt stets die niedrigste Gehaltsklasse.

Bei der Invalidenversicherung müssen Beiträge mindestens in der Klasse 2 entrichtet werden.

Von Bedeutung ist noch für die Arbeitslosen-Hauptunterstützungsenmpfänger, daß aus Mitteln der Reichsanstalt nicht nur die erforderlichen Beiträge zur Erhaltung der Anwartschaft durch des vollständige Arbeitslosigkeits sind; in Fällen besonderer Härte, besonders wenn zur Erfüllung der Wartezeit nur noch eine geringe Zahl von Beiträgen erforderlich ist, ist das Arbeitsamt verpflichtet, auf Antrag die erforderlichen Beiträge zu leisten. In diesem Falle stehen die Zeiten der Arbeitslosigkeit den Zeiten eines versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses gleich. Damit soll erreicht werden, daß der Anspruch auf die Leistungen der Angestellten- und Invalidenversicherung rechtzeitig erworben werden kann.

Die sonst so freundlichen Augen Rokkes lagen tiefer als je zuvor. Sie schauten noch ernster drein, als sonst, sie waren dabei noch größer geworden. Sein Gesicht und die spindebürten Finger wurden schmerzhaft. Am nächsten Tage konnte er trotzdem mit uns reisen. In Stockholm gewöhnten wir uns erst ganz allmählich wieder an Speis und Trank. Bieleicht war es gut, daß damals von den Orientsozialisten keiner nach Stockholm gekommen ist. Wenn sie uns gesehen und dann dahin geschildert hätten, daß wir alle halb verhungert waren, wer hätte dann jenseits der Bogen und des Kanals für den Frieden gewonnen werden sollen? Alle die werden Hermann Rokenbuhr am besten im Gedächtnis behalten, die des Stückes teilhaftig wurden, ihn näher kennen zu lernen und mit ihm schaffen zu dürfen.

Die Börlin-Ausstellung der National-Galerie ist am 1. Januar geöfnet, an den übrigen Tagen von 10 bis 3 Uhr geöfnet. Eintritt 1 Mk., für Künstler, Studierende und Schüler 50 Pf.

Eine Eisenbahn durch die Pariser Katakomben. Ein Schienenweg, der mitten durch ein schreckliches Lager menschlicher Schädel führen soll, wird jetzt unter dem Straßenniveau von Paris gebaut. Hoden und Schaufeln sind bei der Arbeit, um durch die berühmten Katakomben von Paris eine neue Eisenbahnlinie anzulegen, die bestimmt ist, dem überlasteten Verkehr im Südteil der Stadt eine Erleichterung zu schaffen. Seit Jahrhunderten sind hier die Knochen der Toten zu Bergen getürmt, und seit unendlichen Zeiten versammeln sich an dem düsteren Ort Verklümmerte und Verbrecher, um ihre geheimen Zusammenkünfte abzuhalten. Die Katakomben waren ursprünglich als Steinbrüche angelegt, die das Material für den Häuserbau lieferten. Später dienten sie dann als Ablagerstätte für Skelette, die aus den aufgelassenen und der Bebauung erschlossenen Kirchhöfen abtransportiert wurden. Eine Million Schädel wurde zu Pyramiden aufgebaut, während die Knochen der Skelette zu Wänden aufgeschichtet worden sind.

Zur Geschichte der Mathematik. Von der „Cremitege“ in Benigrad wird demnächst ein bemerkenswertes Schriftstück herausgegeben werden, eine alte ägyptische Papyrusrolle, die von zwei russischen Gelehrten, Turajeff und Struwe, entziffert worden ist. Es stellt fest, daß das Problem, den Flächeninhalt des Kreises und der Kugel zu berechnen, bereits 1600 Jahre v. Chr. von den Ägyptern gelöst worden war, während man bisher glaubte, daß die Lösung erst im dritten Jahrhundert v. Chr. von Archimedes gefunden worden sei.

Das Jubiläum der Jungfrauen, das „Berlinerische Künstlerfest“, findet am 4. Februar 1928 in sämtlichen Räumen der Philharmonie statt. Einschulung und Gastausgabe erfolgen durch das Bureau: 20, Kurfürstendamm 229, Duergeb. Opt. (Vismard 1976).

Der Mordfall der Gesellschaft der Sturmtruppe findet als Mordfall im Künstlerhaus, Bellevuestr. 111, Einladungen durch die Gesellschaft der Sturmtruppe, Potsdamer Str. 184a (Litho 4418).

Klassen in der Berliner Akademie. Die die Preussische Akademie der Wissenschaften mitteilt, daß die Akademie, die im Juni dieses Jahres zum 100. Geburtstag des Akademiepräsidenten Max Planck in dem öffentlichen Vortrag, 2. u. 3. Februar in der Universität hält, über die geographischen Bewegungen der Erdkruste und die Oberflächen der Kontinente sprechen.

Der IGB. im Jahre 1926.

rluste in England und Deutschland, Gewinne anderwärts.

Das monatlich erscheinende Organ des IGB., „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“, gibt in seiner Dezembernummer die Mitgliederzahlen der angeschlossenen Landeszentralen und internationalen Berufssekretariate per 31. Dezember 1925 und 1926 bekannt, wobei auch auf die Ursachen der Schwankungen in den Mitgliederzahlen hingewiesen wird. Aus den Zahlen geht hervor, daß der IGB. per 31. Dezember 1925 13 366 387 Mitglieder zählte. Diese Ziffer verminderte sich im Jahre 1926 um 527 213 oder 3,9 Proz., so daß sich die Mitgliederzahl am 31. Dezember 1926 auf 12 839 174 stellte. Die Anzahl der angeschlossenen Organisationen betrug an den beiden Daten 24 (in 23 Ländern) resp. 26 (in 23 Ländern). Daß der Mitgliederrückgang nur eine vorübergehende, durch die Arbeitslosigkeit in Deutschland (Rückgang von 248 580 oder 5,9 Proz.) und den großen Streik in England (201 625 oder 4,6 Proz.) verursachte Erscheinung ist, geht schon daraus hervor, daß die Mitgliederzahlen in Deutschland auf der ganzen Front wieder stark im Steigen begriffen sind, so daß die Mitgliederzahl für Ende 1927 wahrscheinlich jene des Jahres 1925 bedeutend übersteigen wird. Ferner muß der in Dänemark infolge eines Streikfalles mit der Landeszentrale erfolgte Austritt des „Arbeitsmandatsforbund“ (ungelehrte Arbeiter) in Rechnung gezogen werden (83 427 Mitglieder resp. 34,8 Proz.), wobei beigefügt werden kann, daß sich der Konflikt binnen nicht allzulanger Zeit wahrscheinlich lösen lassen wird und damit der Wiedereintritt erfolgen kann.

Gegenüber diesen Verlusten stehen erfreuliche Gewinne. Im Jahre 1926 trafen dem IGB. zwei neue Landeszentralen bei: Litauen mit 18 486 Mitgliedern und Südafrika (farbige Arbeiter) mit 60 650 Mitgliedern. Durch die Fusion der Reichsbanner-Zentrale mit der bereits angeschlossenen Prager Zentrale liegt die Mitgliederzahl in der Tschechoslowakei um 191 845 von 356 286 auf 548 231. Ferner können noch Gewinne in Polen, Palästina und Schweden gebucht werden (19 060 oder 5,9 Proz., 3669 oder 19,7 Proz. und 30 242 oder 7,9 Proz.).

Die Anzahl der internationalen Berufssekretariate blieb im Jahre 1926 die gleiche, d. h. 26. Die gesamte Mitgliederzahl, die per 31. Dezember 1925 13 021 754 betrug, liegt im Jahre 1926 auf 13 322 062 oder um 300 308 (2,3 Proz.). Dieser Gewinn entfällt hauptsächlich auf einige amerikanische Organisationen. Die Mitgliederzahl der Holzarbeiter-Internationale liegt von 637 197 auf 999 668 oder um 362 471 (56,9 Proz.), und zwar hauptsächlich durch den Anschluß des Amerikanischen Holzarbeiterverbandes mit 404 394 Mitgliedern. Die Bergarbeiter-Internationale verzeichnet einen Mitgliederzuwachs von 190 209 (11,3 Proz.), was hauptsächlich auf das Anwachsen der Mitgliederzahl der amerikanischen Organisation um 200 000 zurückzuführen ist. Die Internationale zählte Ende 1926 1 878 706 Mitglieder, gegen 1 688 497 im Jahre 1925. Weitere Gewinne melden die Internationale der keramischen Arbeiter (49 Proz.) und die Internationale der Arbeiter in öffentlichen Diensten (14 Proz.). Größere Verluste erlitten die Lederarbeiter (19,3 Proz.), die Landarbeiter (13,8 Proz.) und die Hutmacher (15,3 Proz.).

Der Kampf in der westdeutschen Kanalschiffahrt Die Unternehmer wollen diktieren.

Wie uns aus Duisburg berichtet wird, hat die Westfälische Transport-Ärten-Gesellschaft an das Schiffsfahrpersonal, das seit dem 12. November im Streik bzw. seit dem 18. November ausgesperrt ist, ein umfangreiches Schreiben versandt, in dem es u. a. heißt:

Wir bedauern nach Lage der Sache, auf eine Abänderung der Euch mitgeteilten Arbeits- und Lohnbedingungen, die das erhalten, was wir nach den Verhältnissen unseres Gebietes zu gewöhnen vermögen, nicht eingehen zu können. Verhandlungen, die Ihr angeht, haben demnach keinen Zweck. Wir müssen es jedem einzelnen überlassen, unsere Bedingungen zu prüfen und uns mitzuteilen, ob er zu diesen wieder eingestimmt werden will oder ob er weiter völlig nutzlos im Streik verharren will. Zu erreichen ist dadurch nichts, da nicht Willkür unter Verhören bestimmt; die harte Wirklichkeit diktiert uns unsere Stellungnahme.

Wiedereinstellungen erfolgen in der Reihenfolge der Absagen, aber erst von dem Zeitpunkt ab, in dem wir den Betrieb wieder aufnehmen, und unter der Voraussetzung, daß der Antrag auf die Wiedereinstellung von uns ausdrücklich angenommen wird.

Inzwischen verlangen wir, daß unsere Fahrzeuge, wie wir es

bereits in unseren Entlassungsschreiben gefordert haben, von sämtlichen Leuten der Belagungen geräumt werden.

Weiter wird in dem Schreiben mit Drohungen wegen Hausfriedensbruch gedroht, falls die Räumung nicht freiwillig erfolgt, sowie mit der Erwirkung einstweiliger Verfügungen und der gewaltsamen Räumung. Gegen die im Kampf sich befindenden Schiffsführer, die noch nicht abgerechnet haben, wird mit einer Anzeige wegen Unterschlagung (!) gedroht.

Am 4. Januar soll vor dem Schlichter ein Einigungsversuch gemacht werden. Wohl um ihre Friedensliebe zu betonen, hat die Westfälische Transport-L.G., die eine Tochtergesellschaft des Kohlenindustrials ist, der ausgesperrten Belagung am Vorabend des Weihnachtstages das zitierte Schreiben zugesandt.

Man muß auf der einen Seite die Riesengewinne der Ruhrindustriellen berücksichtigen, um die elenden Löhne des Schiffspersonals richtig zu würdigen. Der Wochenlohn eines verheirateten Kanalmatrosen mit doppeltem Haushalt beträgt bei 60stündiger Arbeitszeit 35,31 R!. Diese Monatslöhne sollten durch Schlichterspruch erhöht werden. Die Arbeiter haben den Schlichterspruch angenommen, die Unternehmer lehnten ihn ab. Obwohl der Schlichterspruch wirklich der Billigkeit entsprach und zweifellos auch ein öffentliches Interesse vorlag, hat der Reichsarbeitsminister es abgelehnt, die Verbindlichkeits-erklärung auszusprechen.

Das Schreiben der Westfälischen Transport-L.G. zeigt, mit welchen Mitteln die Unternehmer den Kampf führen, der durch das Verschlagen des Reichsarbeitsministers ausgedrückt ist. Das Schiffspersonal, das bereits die siebente Woche im Kampf ist, wird wie bisher geschlossen im Kampfe verharren — insgesamt haben sich bei etwa 2000 Streikenden 34 Streibreaker gefunden —, bis die Unternehmer das Recht des Personals anerkennen, ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Ein Nachtbäckermeister. Er „berichtigt“ Tatsachen.

Von dem Bäckermeister Brysch, Berlin-Wittenau, Hauptstraße 19/20, erhalten wir unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes nachstehende Berichtigung:

„Die angeblich von einem Kontrolleur in der Bäckerei des Bäckermeisters Brysch in Wittenau, Hauptstr. 19/20, getroffene Feststellung, daß früh um 4 1/2 Uhr die Bäckerei bereits im vollen Gange gewesen sei, entspricht nicht den Tatsachen. Die Kontrolle wurde überhaupt erst wenige Minuten vor 5 Uhr ausgeübt. Hierauf ist der Kontrolleur auch ausdrücklich hingewiesen worden. Zu dieser Zeit hatte sich in der Backstube erst ein Geselle eingefunden, während die anderen später erschienen. Garbeitet ist vor 5 Uhr früh überhaupt nicht worden, so daß Anlaß zum Einschreiten nicht gegeben war.“

Erst, nachdem der unerfahrene Kontrolleur gegen den Bäckermeister eine drohende Haltung eingenommen hatte, war letzterer in Notwehr gezwungen, den Kontrolleur aus der Backstube zu weisen. Eine Drohung, wie in der Notiz vom 20. November 1927 wiedergegeben, hat der Bäckermeister Brysch nicht ausgeprochen.

Die Kontrolle wurde im Auftrage der Innung und des Verbandes der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter ausgeübt. Die Tatsachen, die Brysch nach fünfwöchentlicher Ueberlegung zu berichtigen sucht, sind nicht wegzuleugnen. Wir halten unsere Behauptungen im vollen Umfange aufrecht.

„Freigewerkschaftlicher Weihnachtsgottesdienst“.

Im großer Aufmachung berichtet die „Rote Fahne“ über einen Weihnachtsgottesdienst, der angeblich vom Hauptvorstand des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten im Berliner Dom veranstaltet worden ist. Schon in Nr. 51 vom 22. Dezember veröffentlichte die „Gastwirtsgehilfen-Zeitung“ folgende Notiz:

„Die in der letzten Nummer der „Gastwirtsgehilfen-Zeitung“ veröffentlichte Notiz über einen Weihnachtsgottesdienst im Berliner Dom geht nicht vom Berliner Zweigverein aus; er hat auch damit nichts zu tun. Der Zweigverein billigt diese Veröffentlichung nicht und hat wegen derselben Protest bei der Hauptverwaltung erhoben.“

Auch die Hauptverwaltung hat sich auf Grund dieses Protestes mit jener Notiz beschäftigt, die zwischen Versammlungsanzeigen und Inseraten in Nr. 50 der „Gastwirtsgehilfen-Zeitung“ auf der vierten Seite erschienen ist.

Wie wir dazu erfahren, hat der Hauptvorstand des Verbandes weder von jener Anzeige, geschweige denn von der Veranstaltung

im Dom vorher irgendwelche Kenntnis gehabt. Es kann also keine Rede davon sein, daß jene Veranstaltung irgendwie ein „freigewerkschaftlicher Weihnachtsgottesdienst“ ist. Es handelt sich um eine private Veranstaltung, die der persönlichen Initiative des Redakteurs Richter entspringt, von allen anderen Mitgliedern des Hauptvorstandes, die davon erst nachträglich Kenntnis bekamen, nicht gebilligt wird.

Es ist selbstverständlich das gute Recht jedes Mitgliedes einer beliebigen Gewerkschaft, in einer Kirche oder zu Hause kirchliche Weihnachtsgottesdienste zu singen. Ungewöhnlich und daher nicht zu billigen wird der Vorgang erst mit dem Augenblick, wo scheinbar offiziell von Verbands wegen ein Mitglied einer Organisation für alle anderen Mitglieder eine solche Feier veranstaltet. Die freien Gewerkschaften Deutschlands lehnen es nach wie vor ab, sich irgendwie mit religiösen Dingen zu beschäftigen.

Das faschistische Jugoslawien.

Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen ist eines der vielen Länder, welche sich für fortschrittlich und demokratisch ausgeben. Es besitzt eine bewundernswerte soziale Gesetzgebung auf dem Papier, und die Zahl der Abkommen der internationalen Arbeitskonferenzen, die es ratifiziert hat, stößt Ehrfurcht ein. Das alles aber ist Schein, hinter dem Rückständigkeit, Konservatismus und Reaktion versteckt sind, während die Arbeiterbewegung, die einzige Macht, welche diese ausgezeichnete Gesetzgebung zu praktischer Auswirkung bringen könnte, von den Behörden verfolgt und in ihrer Entwicklung auf alle mögliche Weise gehemmt wird.

Angenehm richtet sich die Verfolgung gegen die „Kommunisten“, doch in Wirklichkeit ist dies nur ein Vorwand, um die Arbeiterbewegung als Ganzes zu bekämpfen.

In der Schrift, welche die Internationale Transportarbeiter-Föderation anlässlich der Besprechung des Koalitionsrechts auf der letzten Internationalen Arbeitskonferenz in Genf herausgegeben hat, wurde aufgezeigt, was für ein glatter Schwindler das verfassungsmäßige Koalitionsrecht der jugoslawischen Eisenbahner ist. Unter Berufung auf eine Vorschrift in einem alten, aus dem Jahre 1867 datierenden österreichischen Gesetz, das sonst nicht in seinem ganzen Umfange in Kraft ist, hat die Regierung die Genehmigung der jugoslawischen Eisenbahnerorganisation verweigert und dieser die Fortführung der Verbandsgeschäfte verboten.

Dieses Verbot wurde nach den von der ITF. in Belgrad und Genf erhobenen Protesten und den Vorstellungen der angeschlossenen Organisationen bei den jugoslawischen Gesandtschaften in den verschiedenen Ländern formell aufgehoben. Das sah demokratisch und vernünftig aus, in Wirklichkeit bedeutet dies aber nur, daß das offene Verbot durch Verfolgung in der Form von Maßregelung des ersten Verbandsangestellten ersetzt werden sollte. Verhaftungen, Entlassungen und Strafmaßnahmen aller Art waren an der Tagesordnung.


Das ITF.-Sekretariat erhielt nun die Nachricht, daß der Sekretär des Hauptvorstandes der jugoslawischen Eisenbahnergewerkschaft nach einer Verurteilung nun ohne jeglichen Grund aus dem Eisenbahndienst entlassen worden ist. Die Regierung hofft nun wahrscheinlich, den Verband, der sie so sehr an ihrer vorhinmündlichen Einparungspolitik und ihren mit der Kommerzialisierung der Eisenbahnen in Zusammenhang stehenden Intrigen gehindert hat, los zu sein.

Wir können aber heute schon prophezeien, daß sie wenig Grund haben wird, sich darüber zu freuen. Die ITF. und ihre angeschlossenen Organisationen werden ihre jugoslawischen Kameraden nicht im Stich lassen und der entlassene Sekretär wird sehr wohl mehr denn je für die Organisation arbeiten können.

Der Arbeiterklasse der ganzen Welt ist es klar, daß die Scheindemokratie und der Scheinfortschritt Jugoslawiens im kein Haar besser ist als die Politik des reaktionärsten und rückwärtigsten Staates.

Die englischen Gewerkschaften zählten, nach einer T.L.-Nachfrage aus London, Ende 1926 577 Organisationen mit 4 190 147 Mitgliedern. Um eine „bedeutende Schwächung“ zu konstatieren, wird diese Mitgliederzahl mit der des Jahres 1920 in Vergleich gezogen. Die Gesamteinnahmen der Gewerkschaften betragen 13 944 001 Pfund, die Ausgaben 11 933 613 Pfund, darunter 5 616 883 Pfund an Streikunterstützung. Die verfügbaren Fonds fielen von 12 747 099 Pfund Anfang des Jahres auf 8 650 456 Pfund Ende des Jahres. Besonders stark beansprucht wurden die Bergarbeiterfonds, die von 1,4 Millionen auf 225 000 Pfund zurückgingen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Altmüller; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Eglow; Gesundheit: F. D. Böhm; Kofales und Lehnig; Frh. Kofales; Anzeigen: Th. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. © 1926. Lindenstraße 2.

PROGRAMM für die Zeit vom 27. bis 29. Dezember		KINO-TAFEL		PROGRAMM für die Zeit vom 27. bis 29. Dezember	
BTL Potsdamer Str. 38 Casanova mit Ivan Mosjukin Rheinstr. 14 Um Himmelswillen mit Harold Lloyd Dazu: Fräulein Laura — seine Witwe Odeon, Potsdamer Str. 75 Familientag im Hause Prellstein Dazu: Seldene Strampfe Turnstr. 12 Um Himmelswillen mit Harold Lloyd Dazu: Ihr Spielzeug m. Laura La Plante Alexanderstr. 39-40, Passage Schwere Jungen — leichte Mädchen Ein heiterer Zilliefilm	Osten Viktoria-Lichtbildtheater Frankfurter Allee 48 Funkzauber Ferner: Elisas. Jugendliche haben Zehrl Schwarzer Adler Frankfurter Allee 99 Schwere Jungen — leichte Mädchen Ferner: Bühnenschau. Concordia-Palast Andreasstr. 64. Casanova Ferner: Beiprogramm, Bühnenschau. Norden Senfelder Lichtspiele Am Senfelder Pl., Ecke Metzger Str. Buffalo Bills Abenteuer Das große lustige Beiprogramm	Südwesten Film-Palast Kammersäle Teltower Str. 14. Schwere Jungen — leichte Mädchen (Zillie-Film) und das große Beiprogramm Passage-Lichtspiele Neukölln, Bergstr. 151/2. Sonnenaufgang Ferner: Bühnenschau. Gesundbunnen Kristall-Palast Prinzessallee 1-6 Casanova „Alhambra“ Badstr. 55 Der heitere Zilliefilm: Schwere Jungen — leichte Mädchen	Humboldt-Theater Badstr. 19 Das vierte Gebot Kaufhaus Praktisch Marienbad-Palast Badstr. 35-36 Orientexpress Der Kampf gegen Berlin Prinzen-Palast P. Inzenallee 42-43 Kaufhaus Pleite Ihr Spielzeug Pankow Tivoli-Lichtspiel-Th. Berliner Straße 27 Das Fürstenkind Ferner: Sammelplatz 102-104. Bild: Tote Verle	 Der Kenner trinkt das vorzüglich nach Pilsner Art gebraute Engelhardt-Spezial Hell Auch in Flaschen überall erhältlich	Herren-Maß-Schneiderei „ALEXECK“ Gontardstr. 5 II. Etg. Jede Maßigkeit bestmögliche Stoffe. Solide Preise. Ratenzahlung ohne Pfandaufschlag

Couundé

reinigt wäscht färbt

und

Spezialität der Dampfwäscherei:

Filialen überall in Groß-Berlin Herren-Stärkewäsche, Tischwäsche u. Roll-Preßwäsche / Lieferzeit: 8 Tage